

«Das Parlament war nicht krisentauglich»

Sissach | Ständerätin Maya Graf (Grüne) bringt die Geschäftsprüfungskommission ins Baselbiet

Sie ist erst seit etwas mehr als einem halben Jahr Ständerätin, präsidiert aber bereits die Geschäftsprüfungskommission (GPK) der kleinen Kammer. Jetzt entführt die Sissacherin Maya Graf ihre Kommission ins Baselbiet. Anlass genug, um mit ihr über die Arbeit der GPK und die ersten Monate im «Stöckli» zu sprechen.

David Thommen

Frau Graf, als Präsidentin der ständerätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK-S) veranstalten Sie mit Ihrem Gremium einen zweitägigen Ausflug ins Baselbiet. Ist so etwas üblich?

Maya Graf: Ja. Diese Informationsreise findet alle zwei Jahre jeweils nach dem Wechsel des Kommissionspräsidiums statt. Ich freue mich sehr darauf, den Mitgliedern der GPK-S einen Teil des Baselbiets zu zeigen. Es geht bei diesem Ausflug auch um die Pflege des persönlichen Kontakts, der während der Arbeit in der Kommission meist zu kurz kommt.

Die Arbeit steht aber dennoch im Vordergrund. Was beschäftigt die GPK-S derzeit?

Wir haben im Juni zu zwei wichtigen Geschäften einen Bericht abgeliefert. Die Untersuchung über die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft hat für einen Wirbel gesorgt. Wir haben festgestellt, dass der Bundesanwalt sich der Kontrolle seiner Aufsicht weitgehend entzogen hat. Da Lauber seinen Rücktritt nun per Ende August erklärt hat, bleibt die Aufgabe der GPK, mit einem Rechtsgutachten abzuklären, was rechtlich und organisatorisch verändert werden könnte, damit die Institution Bundesanwalt in Zukunft wieder glaubwürdig funktioniert.

Und der zweite Fall?

Beim zweiten Bericht ging es um die Aufsicht des Bundesgerichts über das Bundesstrafgericht in Bellinzona. Hier gab es nicht zuletzt Vorwürfe gegen den einstigen Präsidenten des Bundesstrafgerichts wegen Mobbings und sexueller Anzüglichkeiten. Der Bundesgerichtspräsident, der die Aufsicht hätte wahrnehmen sollen, hat das offensichtlich ungenügend getan und sich seinerseits sexistisch geäussert, was indiskutabel ist. Ein Bundesgerichtspräsident muss höchsten Ansprüchen genügen und ohne Wenn und Aber Vorbild sein.

Fordern Sie personelle Konsequenzen?

Nein, das entspricht nicht der Rolle der GPK. Ohnehin tritt der Bundesgerichtspräsident auf Ende Jahr zurück. Eine Lehre müssen wir jedoch ziehen: Das Parlament muss künftig bei der Wahl von Bundesrichtern die Kandidatinnen

und Kandidaten noch viel genauer auf ihre Eignung prüfen.

Das im Jahr 2020 alles dominierende Thema ist die Coronakrise. Ist hier die GPK ebenfalls bereits aktiv? Wir haben mit unserer Schwesterkommission, der GPK-Nationalrat, bereits eine grosse Inspektion zur Bewältigung der Coronakrise gestartet. Untersucht wird das Handeln von verschiedensten Bundesbehörden. Ziel ist, dass wir am Schluss Empfehlungen abgeben können, wie man es in einem nächsten Fall besser machen kann.

Auf den ersten Blick hat sich die Schweiz bisher gut geschlagen. Allerdings gab es auch Dinge, die nicht gut waren.

Tatsächlich haben Bundesbehörden und Kantonsregierungen vieles richtig gemacht. Und es hat sich gezeigt, dass der Service public im umfassenden Sinn auch in der Krise recht gut funktioniert hat, da wir ihn zum Glück weniger stark heruntergespart haben als andere Länder. Ich meine damit nicht nur das Gesundheitswesen, sondern beispielsweise auch die Post, die eine wichtige Rolle bekommen hat. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs hat gut geklappt. Gar nicht gut hingegen war die Versorgung mit medizinischem Schutzmaterial. Hier werden unsere Empfehlungen bestimmt eindeutig ausfallen. Leider hat zu Beginn auch unser Bundesparlament nicht gut funktioniert. Es hat sich gezeigt, dass es nicht krisentauglich war. Wir arbeiten aber an einer Lösung.

Zuerst wurde mit dem Lockdown die laufende Session abgebrochen, danach dauerte es sehr lange, bis man wegen der Abstands-vorschriften wieder tagen konnte.

Die Regierungen in Bund und Kantonen waren auf einen Pandemiefall einigermassen vorbereitet, es existierten dazu in der Vergangenheit auch Übungen und Pläne. Auch die gesetzlichen Grundlagen waren mit dem Epidemien-gesetz vorhanden. Für das Parlament hingegen gab es weder einen Plan noch gesetzliche Grundlagen. Der Abbruch der damals laufenden Session beispielsweise wurde im Wesentlichen durch die Fraktionspräsidien beschlossen. Dabei ist dieses Gremium durch das Gesetz dazu gar nicht legitimiert; der Abbruch war also nicht rechtmässig. Danach dauerte es viel zu lange, bis das Parlament die Arbeit wieder aufnehmen konnte. Das muss nun aufgearbeitet werden. Das Parlament muss auf eine solche Krise viel besser vorbereitet sein.

Was ist der Ausweg? Braucht das Parlament eine elektronische Plattform, auf der gültige Beschlüsse gefasst werden können?



«Ich freue mich auf jeden einzelnen Tag»: Die Grünen-Ständerätin Maya Graf (58, Sissach).

Bild David Thommen

Wir müssen alles prüfen. Bis Abstimmungen aus dem Homeoffice möglich sind, wird es aber bestimmt noch lange dauern, da die Ansprüche an die Datensicherheit zu Recht sehr hoch sind. Wichtiger scheint mir zu sein, dass sich die beiden Kammern bei künftigen Krisen rascher physisch wieder treffen können. Im National- und Ständerat bekommen wir nun Plexiglaswände, damit die Hygienevorschriften eingehalten werden können. Es muss auch gesetzlich verankert werden, welches Gremium stellvertretend Entscheide für das ganze Parlament fällen darf, sollte dieses nicht vollzählig tagen können. Andere Länder kennen solche Regelungen. Als in der Schweiz die Session abgebrochen wurde, hat sich das Parlament in Österreich zu einer Krisensitzung getroffen. So etwas hätte ich mir auch gewünscht.

Hätte sich an der Bewältigung der Krise etwas geändert, wenn das Parlament schneller wieder handlungsfäh gewesen wäre?

Ganz zu Beginn wohl nicht. Sofort zu handeln ist Regierungsaufgabe. Doch schon bald wären die Inputs des Parlaments wichtig gewesen. Es zeigte sich,

dass die Kultur- und Eventbranche nahezu vergessen gegangen ist, ebenfalls die Kinderbetreuung und die Geschäftsmieten. Wir Volksvertreterinnen und -vertreter sind nahe bei den Leuten, viel näher als der Bundesrat. Wir könnten rascher erkennen, wo der Schuh drückt.

Bei der Regelung über die Mietkosten hat das Parlament allerdings wegen politischer Streitereien für eine Blockade gesorgt. Dabei drängt die Zeit. Mieter von Geschäftsliegenschaften müssen wissen, woran sie sind.

Ich bedaure das sehr. Das Parlament hat hier unnötigerweise eine grosse Verunsicherung verursacht. Die Folge des Nichthandelns ist, dass viele Kantone in der Not ihrerseits begonnen haben, Regelungen zu erlassen, um den Betrieben rasch zu helfen. In der Umsetzung kann das hochgradig kompliziert werden. Das hätte man sich ersparen können.

Wie es aussieht, dürfte die Coronakrise noch länger dauern. Die Rede ist mittlerweile von einem Verbot von grösseren Veranstaltungen möglicherweise bis Ende März 2021. Laufen da

nicht viele Unternehmen, beispielsweise aus Kultur und Sport, in eine ganz grosse Katastrophe hinein?

Die Situation für diese Branchen ist extrem schwierig, hier geht es um viele Arbeitsplätze. Es muss immer abgewogen werden zwischen der Gesundheit der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Folgen für einzelne Branchen. Wir kennen das Coronavirus heute noch viel zu wenig, sicher ist jedoch, dass es weiterhin sehr viel Schaden anrichten kann. Gleichwohl sollten wir dafür sorgen, dass das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben weiterlaufen können.

Kann der Bund die betroffenen Branchen tatsächlich auch langfristig voll unterstützen?

Das wird die grosse Diskussion im Parlament sein. Was, wenn die Krise noch ein Jahr oder länger dauert? Ich bin dafür, dass wir die Unterstützung vorerst weiterführen. Die betroffenen Unternehmen werden sich von sich aus bewegen, sie sind innovativ. Denn niemand kann heute sagen, auf welchem Niveau und ab wann es weitergehen wird.

Besteht bei den Regierungen heute die Gefahr, dass aus Vorsicht Übervorsicht wird?

Wir müssen tatsächlich aufpassen, dass nicht zu vieles einfach verboten wird. Mit Schutzkonzepten ist vieles möglich. Veranstaltungen mit 300 Personen haben eigentlich gut funktioniert. Die Beschränkung auf 100 Personen in den Nordwestschweizer Kantonen ist meiner Ansicht nach ohne grosse Not erfolgt. Wir dürfen das gesellschaftliche Leben, gerade auch der jungen Generation, nun nicht einfach komplett herunterfahren.

Wurden Märkte und Bundesfeiern also vorschnell abgesagt?

Als Parlamentarierin ohne Regierungsverantwortung hat man natürlich leicht reden. Aber ja, ich meine, dass eine gewisse Normalität weiterhin möglich sein sollte. Eine kleine 1.-August-Feier oder ein Markt unter strengen Auflagen wären vermutlich möglich gewesen, auch wenn die Organisation mehr Aufwand bedeutet hätte. Es wäre gerade auch für die älteren Menschen wichtig, sich wieder einmal treffen zu können. Alle sind ja ohnehin von sich aus sehr vorsichtig.

Zurück zur GPK: Kurz vor Corona kam die Enthüllung, dass die in Zug ansässige Crypto AG vielen Ländern der Welt von deutschen und amerikanischen Geheimdiensten manipulierte Chiffriermaschinen unterjubilte; ein faustdicker Spionage-Skandal. Haben Sie bereits in die Akten geschaut?

Diese Untersuchung wird nicht von der GPK gemacht, sondern von der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel). Sie besteht aus jeweils drei Mitgliedern von Stände- und Nationalrat. Ich bin dort nicht als GPK-S-Präsidentin mit dabei, sondern als Vertreterin der grössten Nicht-Regierungspartei. Diese Untersuchung ist unglaublich spannend, wir müssen uns durch Berge von geheimen Akten kämpfen. Dafür haben wir ein eigenes, abhörsicheres Sitzungszimmer, in dem ich mittlerweile viele Stunden verbracht habe. Wir sind mit der Untersuchung schon weit gekommen und haben bereits rund 20 Anhörungen durchgeführt ...

... darunter mit alt Bundesrat Kaspar Villiger, der im Verdacht steht, über die Spionage-Aktivitäten im Bild gewesen zu sein?

Zu Namen kann ich keine Stellung nehmen, wir unterstehen der Geheimhaltung. Ich kann aber sagen, dass alle massgeblichen Personen angehört worden sind.

Was ist Ihr erstes Fazit: Ist es ein kleiner, ein mittlerer oder ein ganz grosser Skandal?

Diese Wertung darf ich nicht vornehmen, dafür wäre es auch zu früh. Einiges ist allerdings durch die Berichterstattung in den Medien schon bekannt, die Öffentlichkeit kann sich daher in etwa ein Bild machen.

Längst ist aber nicht alles bekannt. Namentlich, was die Rolle des Bundes anbelangt: Wer wusste hierzulande, was die Deutschen und die Amerikaner versteckt hinter dem Gütesiegel «Swiss Made» für ein Spiel trieben? Die GPDel wird diese Frage beantworten müssen.

Rein hypothetisch: Sollte der Bundesrat also in den Spionagefall eingeweiht gewesen sein, würde das die Öffentlichkeit nie erfahren? Es ist immer ein Abwägen zwischen möglichst viel Transparenz und der Geheimhaltungspflicht.

Steigt in diesem Fall der Druck für eine PUK? Gerade die Grünen sind mit dieser Forderung ja immer sehr schnell.

Das entscheidet das Parlament, und die Grünen sollen ihre Rolle spielen, das ist wichtig. Als Mitglied der GPDel habe ich aber eine ganz andere Funktion. Daher spreche ich mit meiner Fraktion kein einziges Wort über diesen Fall – auch mit sonst niemandem.

Politiker reden in der Regel ja lieber, als dass sie schweigen. Behagt Ihnen diese Rolle tatsächlich?

Ich rede gern, wie man weiss (lacht). Und Transparenz ist mir wichtig. Wenn es um die Oberaufsicht geht, herrscht aber nun einmal die Schweigepflicht, das bereitet mir keine Probleme. Ich bin in ganz vielen anderen interessanten Politikbereichen – wie Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Kultur – tätig, sodass ich genug zum Reden komme ...

In Ihrer Tätigkeit für die GPK und die GPDel beurteilen Sie die Arbeit von Bundesverwaltung und Geheimdienst. Wie ist es Ihrer Meinung nach bestellt um die Schweiz? Trägt das Bild der heilen Welt?

Ich war zuvor ja schon jahrelang in den gleichen Gremien im Nationalrat tätig und habe tiefe Einblicke gewonnen. Ich kann sagen, dass unsere Bundesverwaltung insgesamt einen sehr guten Job macht. Natürlich werden auch Fehler gemacht, doch gerade dank der unabhängigen Finanzaufsicht und der Geschäftsprüfung durch das Parlament werden Fehler und Mängel auch gefunden. Unser Vielparteiensystem sorgt dafür, dass man sich gegenseitig permanent gut kontrolliert. Die Schweiz ist daher auch nicht anfällig für Korruption. Unsere Kontrolle funktioniert besser als in Ländern mit Regierung und Opposition. Die Gefahr, dass sich die Mitglieder der Mehrheitspartei decken und Fehler vertuschen, ist dort viel grösser. Vielleicht sind wir in der Schweiz manchmal etwas langsam, doch andere Länder beneiden uns um unser System.

Zurück in den Nationalrat haben Sie sich noch nie gewünscht? Nein, keinen Tag. Die Zeit im Nationalrat war grossartig, aber sie ist vorbei.

Wird die Messekrise auch zum Baselbieter Desaster?

Baselbiet | Kanton gewährte MCH Group mehrere Darlehen

Der Kanton Baselland wird seinen Aktienanteil von 7,8 Prozent an der MCH Group verkaufen. Wann und zu welchen Konditionen ist noch unklar. Doch der Kanton steckt nicht nur mit Anteilen, sondern auch mit Darlehen in der Messekrise tief mit drin.

Tobias Gfeller

Der Basler Messeplatz ist zwar gefühlt weit weg von Liestal, doch die Krise der MCH Group, die unter anderem die mittlerweile zugrunde gewirtschaftete «Baselworld» organisierte und die «ART Basel» zum Hotspot der internationalen Kunstszene formte, trifft auch das Baselbiet knüppel dick. Nicht nur ist unklar, wie viel Geld der Kanton für den vom Landrat abgesegneten Verkauf seiner Aktienanteile erhalten und wann der Verkauf über die Bühne gehen wird, die MCH Group steht noch immer mit mehreren Darlehen von insgesamt 55 Millionen Franken auch in der Schuld des Baselbiets.

Der Aeschler Grünen-Landrat Klaus Kirchmayr, der bereits vor zwei Jahren einen Aktienverkauf anregte und nun den mit seinem Vorstoss durch das Baselbieter Parlament beschlossenen Ausstieg des Kantons aus der MCH Group vorangetrieben hatte, ist wenig optimistisch, dass der Kanton grosse Teile der Darlehen zurückbezahlt bekommen wird. «Ich würde diese Darlehen aus Sicht des Kantons Baselland als so gut wie wertlos bezeichnen», sagt er. Der MCH Group fehle schlichtweg die Liquidität, um die Schulden zurückbezahlen zu können. Dies ändere sich wohl auch mit dem Einstieg des Investors James Murdoch nicht.

Im Detail geht es einerseits um ein Darlehen in der Höhe von 35 Millionen Franken, das beim Kanton mittlerweile im Finanzvermögen verbucht ist und gemäss Vertrag bis März kommenden

Jahres zurückbezahlt werden sollte. In der Einladung zur Generalversammlung vom vergangenen Dienstag hat die MCH Group nun bekannt gegeben, dass der Kanton Baselland die Frist für die Rückzahlung dieses Darlehens zusätzlich einer Grundpfandversicherung auf die Messehalle 1 um fünf Jahre verlängert hat.

40 Millionen abgeschrieben

Bereits abgehakt sind ein Investitionsbeitrag aus dem Jahr 1998 sowie ein mittlerweile 10 Jahre altes «à fonds perdu»-Darlehen über je 20 Millionen Franken. Beide Beträge seien gemäss einer Landratsvorlage von 2007 indirekt über Steuereinnahmen wieder eingefahren und vollständig abgeschrieben worden, erklärt Olivier Kungler, Generalsekretär der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) von Regierungsrat Thomas Weber (SVP).

Düster sieht es auch beim Darlehen über 30 Millionen Franken aus, das während 10 Jahren in Tranchen à 3 Millionen Franken zurückbezahlt werden sollte. Der Darlehensvertrag sieht vor, dass die MCH Group das Geld nur zurückbezahlen muss, wenn sie eine Eigenkapitalquote von 30 Prozent vorweisen kann. Diese Quote ist aktuell unterschritten. Landrat Klaus Kirchmayr rechnet nicht damit, dass die MCH Group die vereinbarte Quote in den nächsten Jahren wieder erreichen wird.

Hat der VR geschlafen?

Er wirft dem Kanton vor, nicht schon vor 2 Jahren die Darlehensrückzahlung eingefordert zu haben, so wie dies damals die Kantone Basel-Stadt und Zürich teilweise getan haben. Sein Ärger darüber ist noch immer spürbar, gerade auch, weil der Landrat die Regierung vor 2 Jahren dazu gedrängt hat.

Nur schwer verständlich für Kirchmayr ist auch, dass beim Verwaltungsrat der MCH Group keine

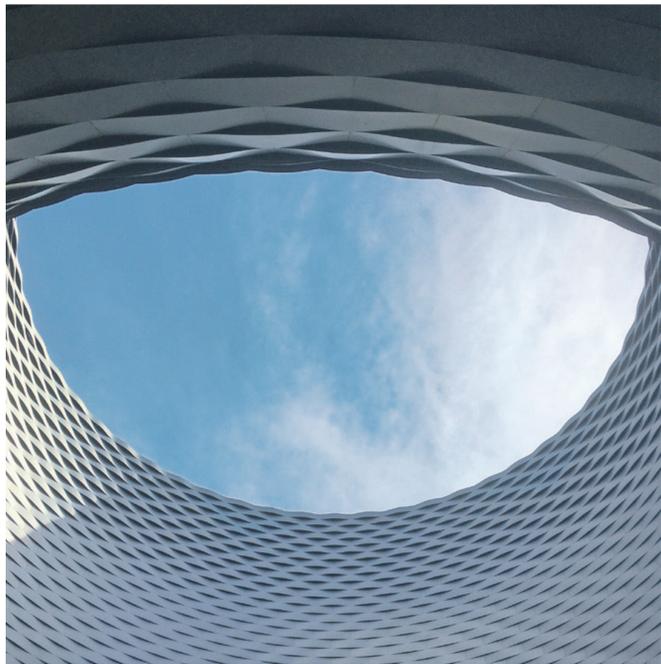
Änderungen passierten. «Die Verantwortlichkeiten für ein Desaster in dreistelliger Millionenhöhe hätten dort viel früher zu Konsequenzen führen müssen.»

Der Aktienanteil von 7,8 Prozent des Kantons Baselland an der MCH Group hat aktuell einen Börsenwert von gut 7 Millionen Franken. Bezahlt hat der Kanton dafür 1998 und 2011 insgesamt 6,8 Millionen Franken. Bis Ende vergangenen Jahres war das Aktienpaket mit einem Nominalwert von 4,7 Millionen Franken im Verwaltungsvermögen bilanziert. Mittlerweile hat es der Regierungsrat ins Finanzvermögen überführt, da es sich bei der Beteiligung nicht mehr um die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe handelt. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz müssen solche Vermögenswerte ins Finanzvermögen übertragen werden. Aktuell ist das Aktienpaket zum Verkehrswert von rund 12,3 Millionen Franken bilanziert.

Nahm man Rücksicht auf die Stadt?

Landrat Klaus Kirchmayr ist überzeugt, dass es für den Kanton Baselland besser gewesen wäre, wenn die MCH Group aufgeteilt worden wäre. «Dann wäre die wertvolle Marke Art Basel verkauft worden und es wäre Liquidität dagewesen, um die Schulden beim Kanton Baselland zu begleichen.» Die Regierung habe wohl auch aus Rücksicht auf die regionalen Interessen – insbesondere jene des Kantons Basel-Stadt – auf eine dringliche Rückzahlungsforderung verzichtet, damit die Messe weiterbestehen kann.

Insgesamt zeichnet der Grünen-Landrat ein negatives Bild von der Messegeschichte des Baselbiets. «Aus Sicht von Baselland ist dies ein ganz düsteres Kapitel.» Die Regierung will gemäss Generalsekretär Olivier Kungler erst nach Abschluss sämtlicher Transaktionen eine finanzielle und politische Bilanz zur Messebeteiligung des Kantons Baselland ziehen.



Die Querelen um die Basler Messe treffen auch den Landkanton empfindlich.

Bild ch.

Der Besuch der GPK-S im Kanton Baselland

tho. Die von Maya Graf präsidierte 13-köpfige Geschäftsprüfungskommission des Ständerats (GPK-S) weilt am 24. und 25. August auf einer Informationsreise im Baselbiet. Gemäss Einladungsschreiben soll es der Kommission ermöglicht werden, sich einen «Überblick über die Eigenheiten und Herausforderungen» der besuchten Region zu verschaffen. Stationen sind die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) in Muttenz so-

wie die Zollschiule in Liestal. Den Apéro gibt es am späteren Nachmittag des ersten Besuchstags auf dem Hof Fluhberg («La Famiglia») oberhalb von Sissach, der von Maya Grafs Parteikollegin und Grünen-Landrätin Laura Grazioli mitbetrieben wird. Die Ständerätinnen und Ständeräte, die ihre Partner auf die Reise mitnehmen dürfen, werden hier vom Sissacher Gemeindepräsidenten Peter Buser begrüsst.

Anschliessend geht es für das Abendessen und die Übernachtung weiter ins Quellhotel Bad Ramsach. Hier findet ein Treffen mit Vertretenden der Baselbieter Regierung statt. Der Kanton Baselland ist es auch, der die Kosten für Apéro und Abendessen übernimmt.

Am Morgen danach wartet Arbeit auf die Politikerinnen und Politiker: Zum Abschluss der Informationsreise ist eine mehrstündige

Sitzung der GPK-S auf dem «Ramsach» angesetzt.

Einige der Kommissionsmitglieder sind auch über ihre Region hinaus bekannt, so etwa die Berner Ständeräte Hans Stöckli und Werner Salzmann, der Genfer Ständeherr Carlo Sommaruga oder die Urnerin Heidi Z'graggen, die Ende 2018 für den Bundesrat kandidierte, aber ihrer CVP-Parteikollegin Viola Amherd unterlag.